"Der Schuman-Plan - Nach der französischen Abstimmung" in La Libre Belgique (15. Dezember 1951)

Legende: Am 15. Dezember 1951 lässt die konservative belgische Tageszeitung La Libre Belgique verlauten, dass ihrer Auffassung nach der Schuman-Plan nicht geeignet sei, um die Krise im belgischen Kohlensektor zu lösen.

Quelle: La Libre Belgique. 15.12.1951, n° 349; 68e année. Bruxelles: Société d'Edition des Journaux du Patriote. "Le Plan Schuman", p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/der_schuman_plan_nach_der_franzosischen_abstimmung_in_la_libre_belgique_15_dezember_1951-de-edf7b316-1859-4147-abbe-0b5d26a9117b.html

Publication date: 05/07/2016

Nach der französischen Abstimmung

Der Schuman-Plan ist also vom französischen Parlament gebilligt worden. Er hat eine zweifellos sehr starke Mehrheit erlangt, und man kann in dieser Hinsicht nicht sagen, dass das Ergebnis knapp ausgefallen ist.

Stellen wir aber zunächst fest, wie paradox es gewesen wäre, wenn Frankreich, das die Initiative des Schuman-Plans ergriffen hat, diesen abgelehnt hätte, noch bevor die anderen Staaten die Gelegenheit gehabt hätten, darüber abzustimmen. Die Tatsache, dass man an einem bestimmten Punkt das Scheitern des Planes befürchtete, bleibt bezeichnend und trotz allem sehr wenig ermutigend, was die Zukunft der Institution betrifft.

Zudem ist es offensichtlich, dass Frankreich den Plan nur auf Druck von außen hin ratifiziert hat, auf Betreiben der Vereinigten Staaten, um genau zu sein, und zweifelsohne nur, um die Zahlungen zu erhalten, die ihm genau einen Tag nach der Abstimmung im Parlament gewährt wurden. Dieser Umstand ist sicher kein Zufall; die Annahme des Schuman-Plans war die Bedingung für die Bewilligung der 600 Millionen Dollar, die Frankreich als Sonderbeihilfe zuteil wurden.

Die Art, in der der Schuman-Plan ratifiziert wurde, ist also nicht dazu angetan, uns den reibungslosen Ablauf der Maßnahmen für das Anlaufen und die Durchführung des Plans zu garantieren. Der Schuman-Plan ist aus einer politischen Idee heraus entstanden und als politische Idee verabschiedet worden, was für eine wirtschaftliche Einrichtung sehr gefährlich ist. Wir müssen also besonders aufmerksam und sogar vorsichtig sein.

* * *

Wird das belgische Parlament den Plan ratifizieren? Wir sind der Meinung, dass diese Ratifizierung mindestens mit Vorbehalten einhergehen sollte. Dieser Gedanke ist in einigen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden.

Es ist kein Geheimnis, dass wir im Kohlesektor an drei Fronten besonders angreifbar sind. Zunächst stellt sich die Frage nach der ausreichenden Angleichung der Gehälter, die notwendig ist, damit wir die Kohleindustrie widerstandsfähig machen können, wenn sie in Zukunft ihre Produktivität beachtlich steigern wird. Zweitens die Befugnisse der Hohen Behörde, die an einigen Stellen übertrieben und an anderen nicht ausreichend sind. Wir sehen keine Möglichkeit, übermäßige Produktionsverlagerungen zu verhindern, die eine Region oder sogar ein ganzes Land ruinieren würden. Und schließlich die Vertragsdauer: In fünfzig Jahren können sich viele Dinge ändern, und das Beispiel der wirtschaftlichen Umbrüche, die seit zwei Jahren eingetreten sind, muss uns in dieser Hinsicht zu äußerst großer Vorsicht veranlassen. Erinnern wir uns: Als der Schuman-Plan ausgearbeitet wurde, besaßen wir Kohle in einem solchen Überfluss, dass die Arbeit in den Bergwerken ruhen musste. Auf der anderen Seite hatte die Genfer Wirtschaftskommission für Europa erklärt, dass die Eisenindustrie überdurchschnittlich ausgerüstet sei und es ab 1952 zu einer Krise kommen werde. Man sieht, was aus den Vorhersagen, die man diesbezüglich machen konnte, geworden ist.

* * *

Der schlimmste Vorwurf, den man dem Schuman-Plan machen kann, besteht natürlich in seiner übertrieben langen Laufzeit. Diese gibt den anderen Vorwürfen eine besondere Tragweite und könnte die Entwicklung einiger Länder beeinträchtigen. Unserer Meinung nach müssten sich die Vorbehalte des belgischen Parlaments auf dieses Problem beziehen.

Jedenfalls sollte das Parlament den Plan nur ratifizieren, wenn er eine Bestimmung enthält, die einen Ausstieg aus dem Vertrag möglich machen würde, falls sich nach fünf oder zehn Jahren herausstellen sollte, dass er den Interessen des Landes völlig widerspricht und beispielsweise den Niedergang einer Region wie

der Borinage mit sich bringt. Wenn ein solcher Vorbehalt akzeptiert würde, könnte man das Risiko des Lohnniveaus sowie der Befugnisse der Hohen Behörde eingehen. Man würde sehen, ob diese beiden Gefahren in der Praxis tatsächlich so schwer wiegend sind, wie sie es heute zu sein scheinen.

* * *

Aber, wird man sagen, ist der Schuman-Plan nicht einfach ein Zug, in den man uns zum Einsteigen auffordert, dessen vorgesehene Route und Zeitplan wir aber nicht im Geringsten ändern dürfen? Müssen wir nicht einfach „Ja“ oder „Nein“ sagen? Vielleicht wird man ihn uns wirklich als einen solchen Zug verkaufen und die Vorbehalte, die wir eventuell äußern könnten, für nichtig erklären. Aber wir hätten eine moralisch sehr viel stärkere Stellung, wenn das Experiment fehlschlagen sollte und wir eines Tages gezwungen wären zu erklären, dass die Verpflichtungen des Schuman-Plans unsere Kräfte übersteigen. In der Folge behielten unsere Vorbehalte, selbst wenn sie nicht akzeptiert würden, dennoch den Stellenwert einer Vorsichtsmaßnahme.

Im Grunde muss man feststellen, dass die Vorbehalte Belgiens in dieser Hinsicht für die Begründer des Schuman-Plans nicht sonderlich störend wären. Wenn sie tatsächlich so sehr von der Vortrefflichkeit des Schuman-Plans und von der Tatsache überzeugt sind, dass Europa zu einem Wohlstand zurückfinden wird, der mit dem der Vereinigten Staaten vergleichbar ist (so war es in der französischen Presse zu lesen), dann wird niemand auf die Idee kommen, dieses Abkommen zu verlassen. Die Vorbehalte blieben dann leere Worte und die Gemüter wären beruhigt. So könnten alle Seiten bereitwilliger an der Vollendung des gemeinsamen Werkes arbeiten.

Falls jedoch der Schuman-Plan eine schlechte Wendung nimmt, ist es sicher, dass er – ob mit oder ohne Vorbehalten – zusammenbrechen wird, sobald die Situation zu gespannt wird. Keine Regierung wird zulassen können, ein Kohlerevier aufzugeben, um einem Abkommen dieser Art nachzukommen. Keine Regierung wird zulassen können, dass ihre verarbeitende Industrie arbeitsunfähig ist, da die Kohlelieferungen, mit denen man gerechnet hatte, aus dem einen oder anderen Grund nicht ausreichen. Folglich wird der Schuman-Plan mit oder ohne Vorbehalte aufhören zu existieren, wenn er unhaltbare Situationen verursachen sollte. Wird man also sagen, dass die Vorbehalte deshalb unnötig sind? Keineswegs, denn sie könnten anstatt einer wilden Flucht einen ordnungsgemäßen Rückzug der Teilnehmerstaaten des Schuman-Plans ermöglichen.

Der Schuman-Plan wird derzeit im Senat beraten. Dieser hat mit klarem Kopf mit der Prüfung des Plans begonnen und sollte weiterhin wohlüberlegt vorgehen. Man darf nicht glauben, dass die Abstimmung im französischen Parlament alle Schwierigkeiten aus dem Weg schafft und jetzt eine Verdopplung der Anstrengungen ermöglicht. Die Abstimmung befreit den Schuman-Plan nur von einem großen und unvorhergesehenen Hindernis, das sich auf seinem Weg befand. Abgesehen davon hat sich nichts geändert.

* * *

Was den Rest angeht, so muss die belgische Kohleindustrie diese Atempause dazu nutzen, um sich zu organisieren und zu rationalisieren. Wir haben bereits gesagt, dass den derzeitigen Statistiken zufolge die Produktivität zu langsam gesteigert wird und dass sie von derzeit 750 kg unbedingt auf 900 kg gebracht werden muss. Der zusätzliche Aufschub, der uns gewährt wurde, muss voll genutzt werden, denn, das möchten wir wiederholen, mit oder ohne Schuman-Plan wird der Kohlepreis in Belgien durch die gesteigerte Produktivität unserer Kohlebergwerke gesenkt werden müssen.